

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Dem angenommenem Volksbegehren gerecht werden: Nachtflugverbot am BER von 22 Uhr bis 6 Uhr endlich gewährleisten

Der Landtag stellt fest:

Am 27. Februar 2013 hat der Landtag das Volksbegehren „Für eine Änderung des § 19 Abs. 11 des Landesentwicklungsprogramms zur Durchsetzung eines landesplanerischen Nachtflugverbots am Flughafen Berlin Brandenburg International (BER)“ angenommen. Das Anliegen des Volksbegehrens ist es, das bestehende Nachtflugverbot am BER auf die Zeit von 22 Uhr bis 6 Uhr auszuweiten.

Der Landtag möge beschließen:

Sofern die abschließenden Verhandlungen mit dem Land Berlin in der Landesplanungskonferenz im März 2014 kein Ergebnis im Sinne des Volksbegehrens zeitigen, wird die Landesregierung aufgefordert unverzüglich dem Anliegen des angenommenen Volksbegehrens Rechnung zu tragen und auf Basis der Planfeststellungsge-nehmigung ein Nachtflugverbot am BER von 22 Uhr bis 6 Uhr im Alleingang durch-zusetzen.

Begründung:

Der Landtag hat das erfolgreiche Volksbegehren „Für eine Änderung des § 19 Abs. 11 des Landesentwicklungsprogramms zur Durchsetzung eines landesplanerischen Nachtflugverbots am Flughafen Berlin Brandenburg International (BER)“ am 27. Februar 2013, und damit exakt vor einem Jahr, angenommen. Die Landesregierung wurde dazu aufgefordert Verhandlungen mit dem Land Berlin aufzunehmen, um ein Nachtflugverbot von 22 Uhr bis 6 Uhr im Landesentwicklungsprogramm zu veran-kern.

Durch die Annahme des Volksbegehrens hat sich der Landtag die Forderung nach einer Ausweitung des Nachtflugverbots auf die Stunden von 22 Uhr bis 6 Uhr zu eigen gemacht und zugleich den Auftrag durch die brandenburgische Bevölkerung an-genommen, dieser zum Erfolg zu verhelfen. Das ausdrückliche Ziel des Volksbegeh-rens ist ein Nachtflugverbot innerhalb der genannten Zeit. Die beabsichtigte Ände-rung des Landesentwicklungs-programms und die dazu notwendigen Verhandlungen

sind dabei Mittel zum Zweck. Um dem Auftrag durch die brandenburgische Bevölkerung gerecht zu werden genügt es nicht, Verhandlungsbemühungen vorzuweisen. Was am Ende zählt, ist allein ein Ergebnis in Gestalt einer Ausweitung des bestehenden Nachtflugverbots.

Sollte es der Landesregierung auf der bevorstehenden Landesplanungskonferenz nicht gelingen, einen Erfolg im Sinne des Volksbegehrens herbeizuführen, ist es eine Frage der Glaubwürdigkeit des Landtags darauf zu bestehen, dass das Anliegen des Volksbegehrens von der Landesregierung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln durchgesetzt wird.

Insbesondere haben zwei Rechtsgutachten, die dem Infrastrukturausschuss im Februar und im April 2013 vorgestellt wurden aufgezeigt, dass ein erweitertes Nachtflugverbot aufgrund des Vorbehalts nachträglicher Auflagen in Teil A II. 5.1.9 des Planfeststellungsbeschlusses für den BER von der brandenburgischen Landesregierung im Rahmen eines Planergänzungsbeschlusses im Alleingang durchgesetzt werden kann.

Konkret handelt es sich um ein Gutachten der Kanzlei Wolfgang Baumann aus Würzburg im Auftrag der Bürgerinitiative Kleinmachnow vom 22. März 2013, und um das Gutachten der Kanzlei SammlerUsinger aus Berlin im Auftrag der CDU-Fraktion im Landtag Brandenburg vom April 2013.

Axel Vogel
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN